

HEINZ NIEMANN

## Linkssozialismus in der Weimarer Republik. Anmerkungen zu Konzept und Politik eines »dritten Weges«

»Einen stinkenden Leichnam« hatte Anfang dieses Jahrhunderts Rosa Luxemburg die Sozialdemokratie genannt und damit sagen wollen, daß ihre Abkehr vom marxistischen und klassenkämpferischen und ihre vorgebliche Suche nach einem »dritten Weg« ihr Ende bedeute. Dieser Leichnam hat sich dann als sehr überlebensfähig erwiesen, obwohl sich am Ende des Jahrhunderts die meisten Protagonisten dieses »dritten Weges« eingestehen oder eingestehen müßten, daß die ursprünglich mit diesem Konzept verfolgte Politik einer sozialistischen Transformation der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft nicht erfolgreich war. Der Begriff »dritter Weg« ist, obwohl selbst Blair und ihm gleichgesinnte »Erneuerer« manchmal noch an ihm als Worthülse festhalten, weil prominente Berater wie Anthonie Giddens es ihm gleich mit einem ganzen Buch mit dem Titel »The Third Way« als wirksamen Slogan einredeten, inzwischen in mehrfacher Hinsicht irreführend geworden.<sup>1</sup>

Der sozialdemokratische Reformismus war unter den Bedingungen dieses, von einem erstarkenden Imperialismus, der Spaltung der Arbeiterbewegung, zwei Weltkriegen und der Systemauseinandersetzung geprägten Jahrhunderts kein tragfähiges Konzept und keine erfolgreiche Praxis zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft und konnte es wohl auch nicht sein. Die Herrschaft des Kapitals wurde nirgends praktisch in Frage gestellt, obwohl der Sozialismus noch programmatisch als Endziel der Sozialdemokratie (von der SPD bis zum Godesberger Programm 1959) beschworen wurde. Die schließliche Absage wird mit der angeblich offensichtlich gewordenen Falsifikation infolge Erfolglosigkeit des ihm zugrundeliegenden Theoriengebäudes begründet und auf dem Hintergrund des Scheiterns des sog. Realsozialismus das von linkssozialdemokratischen Kräften trotzdem weiterhin debattierte Programm eines demokratischen Sozialismus als möglichem dritten Weg in einem Aufwasch gleich noch mit entsorgt. Und dies nicht etwa nur von den traditionellen Gegnern aus dem bürgerlichen Lager. Gerade ehemalige leidenschaftliche ideologische Streiter des linken Flügels übertreffen sich bei der Begründung mehr oder minder neoliberaler Konstrukte für »New Labour« oder der »neuen Mitte«.

Da sich der historische Linkssozialismus strikt von der marxistischen Theorie leiten ließ, diese aber – wie uns der Zeitgeist eintrichtern will – durch die osteuropäischen Impllosionen praktisch widerlegt sei und damit auch das überlieferte linkssozialistische

Heinz Niemann – Jg. 1936, Prof. Dr., Historiker, bis 1992 Humboldt-Universität zu Berlin; zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte des Stalinismus und des Sozialismus.  
In UTOPIE kreativ: Willy Brandt, Heft 23/24 (September/Oktober) 1992.

1 Vgl. Robert Misik: Die Suche nach dem Blair-Effekt. Schröder, Klima und Genossen zwischen Tradition und Pragmatismus, hrsg. von Wilhelm von Sternburg, Berlin 1998.

theoretische Erbe uns heute nichts Positives mehr zu sagen habe, noch eine letzte Vorbemerkung.

Das unleugbare Scheitern eines ersten Versuchs einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, und das war er im Verständnis seiner Akteure und Anhänger lange Zeit, dieses praktische Scheitern eines zu früh versuchten und allein gebliebenen despotischen Sozialismus wäre dann und nur dann ein praktischer Beweis für die Untauglichkeit der marxistischen Theorie, wenn

in der gesellschaftlichen Realität die grundlegenden Annahmen der Theorie gegeben gewesen wären,

der gesellschaftlichen Praxis und dem Handeln der Akteure diese Theorie stringent zugrunde gelegen hätte,

es keine gravierenden Fehler in der Methodik ihrer Anwendung und es keine funktionsstörenden Fremdeinwirkungen gegeben hätte. Genau dies ist zu bestreiten. Genauso wichtig ist aber der Nachweis, daß in dem linkssozialistischen Erbe wesentliche Defekte des »ML« bereits damals erkannt und kritisiert worden sind.

Der hauptsächlich vom Stalinismus dominierte Weg, unter den Bedingungen der ökonomischen und zivilisatorisch-demokratischen Unterentwicklung, internationalen Isolierung und den Zerstörungen und Verlusten des heißen und kalten Krieges, ist ebenfalls nicht erfolgreich gewesen. Er brachte keine entwickelte sozialistische Gesellschaft hervor, und im Ergebnis des Zusammenbruchs dieses teils embryonalen, unreifen, teils pervertierten Sozialismus wurde die Herrschaft des Kapitalismus weltweit (über Ausnahmen wie China, Kuba, Vietnam oder gar Serbien ließe sich streiten) wiederhergestellt. Die kapitalistische Gesellschaft entwickelt sich nun – auch eine der Marxschen Bedingungen – in ihrer »Totalität« im Gefolge der Globalisierung.

Insofern kann man sagen, daß ein an das sozialistische Ziel geknüpftes Konzept und eine sozialistische Bewegung nicht mehr etwas drittes darstellen. Der demokratische Sozialismus steht heute in den entwickelten Ländern im Grunde nur noch einem einzigen ideologischen Gesellschaftskonzept, wenn auch in zwei schwach unterscheidbaren Varianten gegenüber: dem nackten Neoliberalismus und dem sozialliberalen Reformismus mit starken neo-liberalistischen Zügen, der u.U. praktisch – wie die gegenwärtige rosa-grünliche Regierung beweist – neo-liberale Politik rücksichtsloser als deren originäre Träger selbst durchsetzt. Wenn es denn irgendwann in der Zukunft gelingt, die bestehende Gesellschaft vor einem drohenden Kollaps zu retten und das kapitalistische Profitensystem zu überwinden, wird dies zweifellos auf vielfältigen Wegen geschehen und recht unterschiedliche Formen nicht-kapitalistischer Gesellschaften hervorbringen und hervorbringen müssen. Das scheint sicher. Aber sicher nicht in der gescheiterten Alternative von sozial-reformistischem »dritten Weg« und Stalinismus.

Nachdem sich Anfang des Jahrhunderts die Arbeiterbewegung über den Streit »Revolution oder Reform« und proletarische Diktatur oder Demokratie« gespalten hatte, bezeichnete im Selbstverständnis der Sozialdemokratie nach 1917 »dritter Weg« das alternative Konzept »des demokratischen Sozialismus gegen die Sklaverei des Kapitalismus auf der einen, die tyrannische Diktatur

des Bolschewismus auf der anderen Seite«.<sup>2</sup> Demokratie wurde als Weg, Mittel und Ziel deklariert. Der bis dato marxistischen sozialistischen Denken zugrundeliegende Widerspruch von Kapital und Arbeit wurde durch den abstrakten Antagonismus von Demokratie und Diktatur ersetzt. Während anfänglich in Deutschland noch einige führende Köpfe der SPD (Bernstein, Hilferding u.a.) sowie des ADGB (Carl Legien, Theodor Leipart, Fritz Naphtali u.a.) bis Ende der zwanziger Jahre an einer begrenzten Variante des »dritten Weges« in Gestalt der Idee der Wirtschaftsdemokratie zaghaft festhielten,<sup>3</sup> wurde zugleich das Bestreben linkssozialistischer Kräfte sichtbar, ein geschlossenes Konzept für einen »dritten Weg« auszuarbeiten. Um sich zwischen stalinistischer und sozialdemokratischer Bewegung zu etablieren, mußten sie die bis dahin als »dritten Weg« apostrophierte Ideologie und Politik der offiziellen Sozialdemokratie zutreffend als Abkehr von jeglicher sozialistischer Zielstellung entlarven. Sozialismus war zur apologetischen Leerformel, zur »Vision« ohne theoretische Substanz und ohne praktischen Bezug zur verfolgten Gesellschaftsstrategie und Tagespolitik geworden. Die »roten Oberbürgermeister« und die dominierende Funktionärskaste waren »angekommen«. Faktisch wurde nur von den Linksozialisten/linken Austromarxisten über einen neuen »dritten Weg« nachgedacht und gestritten, wobei sie richtigerweise nicht nur über Wege und Formen der Demokratisierung der Wirtschaft bis zur Umwandlung von privatkapitalistischem Produktionsmitteleigentum in gesellschaftliches und Gemeineigentum (wie die Verfechter der Wirtschaftsdemokratie), sondern auch über die Grenzen der politischen Demokratie und den Charakter der Macht, das Parteienkonzept, über Bündnis- und Koalitionspolitik, die Rolle der Gewerkschaften und die Wehrfrage stritten. »Was ist das Merkmal jedes Reformismus?« fragten sich die linken Köpfe in der SPD 1928 und gaben folgende Antwort:

»Die Überschätzung von Erfahrungen eines kurzen Abschnitts der Arbeiterbewegung. Das mangelnde Vermögen, die Gegenwartsforderungen und Gegenwartsleistungen der Arbeiterbewegung in eine organische Verbindung zu bringen mit dem Endziel des Sozialismus. Die Überschätzung der Rolle der Persönlichkeit und des parlamentarischen Mechanismus. Dazu kommt heute jene »staatspolitische« Einstellung, die aus der erweiterten Angriffsfläche der Partei im Staat auf eine Art Solidarhaft von Staat und Klasse schließt, anstatt die wechselnden Formen des Kampfes um den Staat auch im Staat und Staatsapparat kritischer zu untersuchen und in die taktischen Richtlinien einzubauen. Nur zu leicht wird dann vergessen, daß das Parlament ohne Massendruck leerläuft. Man beachtet zu wenig, daß persönliche Geschicklichkeit, Weitblick und politischer Instinkt wohl ökonomische und gesellschaftliche Kräfte besser ausnutzen können, daß aber der gewiegteste Staatsmann nicht gegen gewichtige Tatsachen der ökonomischen Entwicklung zu regieren vermag. Man vergißt die ökonomische Analyse des »Finanzkapitals« und überschätzt die persönliche Führung und die Information aus den Kreisen der Finanzkapitalisten.

Man denkt, daß sich die Massen dirigieren lassen wie Schachfiguren, wenn man nur greifbare Erfolge aufzuweisen hat. Man

2 Manifest der Londoner Internationale vom November 1920.

3 Vgl. Horst Klein: Wirtschaftsdemokratische Auffassungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H.1/99, S. 14ff.

vergißt, daß der revolutionäre, oft unklare Instinkt der Massen auch eine Wirklichkeit ist und daß eine große Partei Überlieferungen und Symbole hat, die deshalb so tief bewußt und unterbewußt verwurzelt sind, weil sie Erfahrungen darstellen, die in den Grundverhältnissen des Kapitalismus und seiner Klassen begründet und deshalb in verschiedenen Epochen des Kapitalismus gültig sind.

Es ist die alte reformistische Weisheit: Schnelle Verallgemeinerungen vorübergehender Situationen auf Kosten der Erkenntnis der mächtigen wirtschaftlichen Strömungen und Grundgesetze des Kapitalismus.«<sup>4</sup>

4 Panzerkreuzer und Sozialdemokratie, Berlin 1928, S. 23.

Die Linken der Zwischenkriegszeit hatten bekanntlich jenen in doppeltem Sinne »ungeheuerlichen« Schatz an Erfahrungen noch nicht, über den die Linken heute verfügen, und so irrten sie sich in mancherlei Hinsicht, aber die oben zitierte Erkenntnis war und bleibt eine grundlegende, gültige Erfahrung.

Daneben waren es hauptsächlich Erfahrungen von Niederlagen aus den niedergeschlagenen Räterepubliken in Ungarn, Bayern, der Slowakei sowie die der Novemberrevolution in Deutschland und Österreich. Allein die bolschewistische Revolution schien siegreich zu bleiben. Die bald unter sowjetischem Kuratel stehende kommunistische Bewegung sah sich allerdings gezwungen, vom sowjetischen Grundmodell als einzig verbindlichem auszugehen, also im Widerspruch zur marxistischen Methodologie von einer Praxis und damit von einer insofern bereits verabsolutierten Wahrheit, die es nicht geben kann, also schon keine Wahrheit mehr ist. Ein »epigonaler Stalinismus«<sup>5</sup> ersetzte das bis dahin reiche marxistische Denken.

5 Heinz Niemann: Epigonaler Stalinismus, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 3, S. 620ff.

Es ist ein bleibendes Verdienst der linkssozialistischen Denker, sich diesem ideologisch-methodologischen Dogma und dem theoretisch phantasielosen Diktat nicht gebeugt zu haben, auch wenn sie sich als Träger eines dritten Weges angesichts der sich bekämpfenden Hauptströme nie als eine gesellschaftlich verwurzelte Kraft etablieren konnten. Ihr marxistisch begründetes gesellschaftspolitisches und strategisches Konzept trug daran keine Schuld.

Es geht heute wie damals darum, was das denn ist oder sein soll: *Demokratischer Sozialismus*. Aspekte Antwortversuche der damaligen Zeit seien, hier notgedrungen fast nur auf die Staats- und Demokratiefrage beschränkt, im folgenden in Erinnerung gerufen.

Mit dem Sieg der Bolschewiki, spätestens aber als durch das Stalinsche Terrorregime vor allem Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten vor den Richterstuhl gestellt bzw. ins Lager geschickt wurden, entbrannte der Kampf um die Frage Demokratie oder Diktatur, Reform oder Revolution erneut. Sie war von einer rein ideologischen zu einer praktischen Frage geworden. Ich nenne die Träger dieses Diskurses traditionell und der Einfachheit halber »Linkssozialisten«, weil die linkssozialistische Strömung nun einmal hauptsächlich und ursprünglich im Kampf mit dem rechten Sozialdemokratismus entstanden ist, sich später gegen die antimarxistischen und antileninistischen Entstellungen des Stalinismus wandte und zu ihnen auch demokratische Kommunisten zuzurechnen sind.

Mit dem Vordringen des Stalinismus und dem proklamierten Aufbau und möglichen Sieg des Sozialismus in einem Lande spaltete

sich der theoriegeschichtliche Prozeß endgültig. Jetzt war die schöpferische und naturgegeben revidierende Debatte nur noch außerhalb, in Frontstellung zum Monopolanspruch der stalinistischen Herrschafts-apologetik des »ML« möglich. Marxistisch tradierter Linksozialismus, später westlicher Marxismus, Sozialismus mit menschlichem Antlitz (Reformkommunismus) oder Eurokommunismus waren Produkte der Reflexion über die Krise des offiziellen M-L und des sog. Realsozialismus.

Die Linksozialisten hielten daran fest, daß es nach Marxscher Auffassung einer bestimmten hohen Stufe der industriekapitalistischen und zivilisatorischen Entwicklung und damit der Konstituierung des Proletariats zur dominierenden, auch zur zahlenmäßig stärksten Klasse bedürfe, um erfolgreich zur sozialistischen Revolution zu kommen. Im Gegensatz zur kautskyanischen Orthodoxie diente die Verteidigung dieser marxistischen Position nicht der prinzipiellen Ablehnung oder gar Verteufelung des bolschewistischen Versuchs. Bekanntlich entwickelte sich nach der Abspaltung der linken Kräfte im Gefolge des Ersten Weltkriegs und ihrem Anschluß an die Kommunistische Internationale in den verbleibenden sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien nur sehr allmählich wieder eine nennenswerte linke Strömung. Lediglich in Österreich, wo nur eine Splittergruppe sich zur KPÖ konstituierte und die SDAPÖ ihre dominierende Monopolstellung halten konnte, agierte bald eine bedeutende linke Strömung, die durch Otto Bauer, Max Adler, zeitweilig und bedingt durch Friedrich Adler, Julius Deutsch, Käthe und Otto Leichter, Ilona Duczynska-Polanyi, Oskar Pollack, Therese Schlesinger u.a. repräsentiert wurde.

In Deutschland schloß sich die Rest-USPD, die auf dem Hallenser Parteitag 1920 nicht den Übertritt zur Kommunistischen Internationale vollzogen hatte, mit Ausnahme einer kleinen Gruppe um Georg Ledebour und Theodor Liebknecht 1922 wieder der SPD an. Da wenige Monate zuvor die KAG (Kommunistische Arbeitsgemeinschaft) mit dem aus der KPD ausgeschlossenen Paul Levi an der Spitze sich der USPD angeschlossen hatte, bildeten sie mit dem Mitbegründer der KPD und Kampfgefährten Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs jetzt den Kern einer neuen Linken innerhalb der reformistischen SPD. Dazu kann man Kurt Rosenfeld, Heinrich Ströbel, Tony Sender, Robert Dißmann, Max und Ruth Seydewitz, Siegfried Marck, Fritz Sternberg, Karl Böchel, Arkady Gurland, Ernst Eckstein, Maria Rausch u.a. zählen.<sup>6</sup> Dabei muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß es zwischen den linken Austromarxisten und den deutschen Linksozialisten viele Gemeinsamkeiten, aber auch nicht unbedeutliche Unterschiede gab. Der wichtigste Unterschied bestand in der Staats- und Machtfrage. Während es sich Otto Bauer und seine Anhänger schwer vorstellen konnten, im kleinen Österreich, vielleicht auf Wien beschränkt, nach einem Aufstand die Diktatur des Proletariats errichten zu können und deshalb viel angestrenzter über Formen und Wege des Herankommens und des allmählichen, von einer breiten demokratischen Unterstützung getragenen parlamentarischen Übergangs an die Macht nachdachten, drängten die Verhältnisse im erstarkten, aber auch mit größeren Problemen belasteten Deutschland und konfrontiert mit

6 Vgl. Heinz Niemann (Hrsg.): Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei. Zwei Beiträge zum Linksozialismus in Deutschland von Helmut Arndt und Heinz Niemann, Berlin 1992.

der relativ stärksten und besonders radikalen Kommunistischen Partei der kapitalistischen Welt die deutschen Linkssozialisten dazu, gerade in der Machtfrage eine radikalere Position für notwendig und richtig zu halten, allerdings besonders unterstützt von einem linken Austromarxisten, Max Adler. Uns soll jetzt hier nur die Tatsache interessieren, daß die Vertreter beider Strömungen marxistisch argumentierten, daß es offensichtlich möglich ist, unterschiedliche Standpunkte mit der marxistischen Theorie und Methode zu begründen, was neben subjektiven Umständen und theoretischen Fähigkeiten eine Folge der unterschiedlichen Bedingungen und der Vielfalt der Verhältnisse ist, unter denen marxistische Theorie und politische Praxis existieren und der schöpferische Marxismus kein geschlossenes Dogmensystem ist. So hatte die österreichische Sozialdemokratie nach der Revolution weit mehr personellen und gesetzgeberischen Einfluß auf den Staat erreicht als die SPD in Deutschland, wo die Republik faktisch in den Händen der alten politischen Klasse, der alten Staatsbürokratie und der Reichswehrgeneralität blieb. Hauptfeld der Auseinandersetzung um die Staats- und Demokratieauffassung war von Anfang an die Stellung zur Oktoberrevolution und die in ihrem Gefolge von den Bolschewiki errichtete Sowjetmacht.

Die Linkssozialisten übernahmen die von Otto Bauer und Friedrich Adler formulierte Grundthese: Hände weg von Sowjetrußland! Sie galt für sie dauerhaft. Auf der Grundlage dieses solidarischen Bekenntnisses zur Sowjetunion entwickelten sie ihre z.T. sehr kritische Position zur inneren Verfaßtheit des Sowjetregimes, den immer deutlicher werdenden stalinistischen Verkrustungen und Pervertierungen.

Die Orthodoxen um Karl Kautsky verurteilten die Oktoberrevolution und ihr Produkt von Anfang an als falsch, verfrüht, im Grunde antisozialistisch und lehnten sie vehement ab.

Der bedeutendste Widerpart von Kautsky und seinen Anhängern war Otto Bauer, der zum Sprecher von Hunderttausenden Sozialisten wurde. In Deutschland war es Paul Levi, allerdings in seiner Wirksamkeit immer mit dem Handicap seiner Herkunft belastet.

Bauer, bis zur Februarrevolution Kriegsgefangener in Rußland, sah zwar wie Kautsky die Unterentwicklung dieses Landes, das nicht reif für die Diktatur des Proletariats und die Errichtung des Sozialismus sei. So schrieb er unmittelbar vor der Oktoberrevolution:

»Rußland ist ein Agrarland, in dem die Arbeiter eine Minderheit der Bevölkerung sind. Die russische Revolution kann nicht mit der Diktatur des Proletariats enden, sie kann nicht eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufrichten. Auch wenn die russische Revolution alle ihr drohenden Gefahren überwindet, wird ihr Ergebnis nichts anderes sein können, als eine bürgerliche demokratische Republik.«<sup>7</sup> Aber seit 1920 setzte sich bei ihm immer mehr Sympathie und Hochachtung für den heroischen Versuch der Bolschewiki durch, ohne daß er den Fehler der KPD machte, nun den sowjetrussischen Weg als verbindlich für Westeuropa zu erklären. Wie schon Rosa Luxemburg sah er alle Mängel und Probleme, das ganze Dilemma infolge des Ausbleibens der Revolution in den entwickelten Ländern. In einer Schrift von 1920, »Bolschewismus

7 Otto Bauer: Werke, Bd. 1, Wien 1976, S. 35.

oder Sozialdemokratie«, schrieb er: »Die schrankenlose Allmacht eines von einer kleinen Minderheit des Proletariats, das selbst nur eine kleine Minderheit des russischen Volkes ist, beherrschten Staates gibt dem russischen Sozialismus sein Gepräge. Es ist eine sozialistische Gesellschaft, die da entsteht. Denn die Sowjetmacht hat die Arbeitsmittel den Kapitalisten entwunden, den Arbeitsprozeß von der Herrschaft des Kapitals befreit, die Verfügung über den Kapitalsertrag den Kapitalisten entrissen, und sie selbst organisiert jetzt, indem sie über die Arbeitskräfte und Arbeitsmittel des Landes nach ihrem Plan verfügt, eine planmäßige, unmittelbar gesellschaftliche Verteilung des Arbeitsertrages. Aber wenn das Sozialismus ist, so ist es doch ein Sozialismus besonderer Art, ein despotischer Sozialismus.«<sup>8</sup>

8 Derselbe: Werke, Bd. 2, S. 71.

Im Unterschied zu den antisowjetischen Theoretikern hielt er es für möglich, nachdem nun mal die Revolution gesiegt und die genannten Schritte eingeleitet hatte, auch auf diesem Wege zum Sozialismus zu kommen. »Auch die Prinzipien der Demokratie sind nicht ›ewige Wahrheiten‹. Auch die Demokratie ist ein Entwicklungsprodukt und eine Entwicklungsphase.

Nur auf bestimmter Entwicklungsstufe der Produktivkräfte, der Klassenkämpfe, der kulturellen Reife der Massen ist Demokratie möglich. Wo diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, ist der Despotismus einer fortgeschrittenen Minderheit eine transitorische Notwendigkeit, ein zeitweilig unentbehrliches Instrument des historischen Fortschritts.«<sup>9</sup>

9 Derselbe: Werke, Bd. 7, S. 518.

Gegen seine damaligen Kritiker, die die »reine Demokratie« hochhalten wollten, wandte Bauer ein: »Wir sind Demokraten und Sozialisten. Aber nicht kleinbürgerliche Vulgärdemokraten, die die Demokratie im Gegensatz zum Sozialismus und über den Sozialismus setzen und um der Demokratie willen alles, was die Revolution an Elementen des Sozialismus geschaffen hat, gefährden oder gar preisgeben möchten. Wir sind Demokraten um des Sozialismus willen.«<sup>10</sup>

10 Ebenda.

Der Marxist und linke Sozialist Bauer hielt es also im Gegensatz zu den Reformisten unter bestimmten Bedingungen für möglich daß

a) der Sozialismus mit einer despotischen Herrschaft beginnen könne,

b) der Sozialismus nicht um einer abstrakten »Demokratie« willen an die alte ehemals herrschende Klasse preisgegeben werden dürfe.

Aber: Die Linkssozialisten gingen zugleich davon aus, daß sich c) der despotische Sozialismus auf einem bestimmten sicheren Entwicklungsniveau zu einem demokratischen System wandle, liberalisiere und reformiere, weil – wie Bauer schrieb – man um des Sozialismus willen Demokrat sein müsse. Auch dies begründete er strikt als marxistischer Sozialist und nicht als liberaler Kleinbürger: »So ist die Diktatur, nachdem sie ihre große geschichtliche Funktion erfüllt hat, zum Hindernis der Entfaltung der Produktivkräfte geworden. Ihre Liquidation ist unvermeidlich.«

Diese könne allmählich, durch ständige Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten erfolgen. Insbesondere war für

ihn die individuelle und geistige Freiheit ein unersetzlicher Wert. Sollte es die Partei nicht verstehen, diesen Weg zu gehen, würde es zu Verzweigung, Resignation und Chaos kommen.

»Aus dem Chaos, das der Diktatur Erbe sein wird, wird dann die (blutige) Konterrevolution hervorgehen, die nicht nur die russischen Arbeiter aller revolutionären Errungenschaften berauben, sondern auch der internationalen Konterrevolution starken Auftrieb und mächtige Stütze geben wird.«<sup>11</sup>

Wir wissen, daß er mit dieser letzten Prognose recht behielt, aber im Unterschied zu den Kautskyanern, die sich wie Eschatologen bestätigt fühlen, war diese Entwicklung für ihn eben nicht unausweichlich. Wer wie Bauer in seinem eigenen Selbstverständnis Sozialist blieb, machte aus dem Geschichtsdeterminismus des Marxismus keinen Fatalismus. Er war ein Dialektiker und blieb ein historischer Optimist. Im Jahre 1931 meinte er, daß im Ergebnis der erfolgreichen Fünfjahrpläne (und auf dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise) die Grundlagen des Sozialismus geschaffen seien. Nun komme es darauf an, den politischen Überbau zu entwickeln, die sozialistische Demokratie und Kultur Schritt für Schritt zu entfalten, die individuellen und Freiheitsrechte zu garantieren usw. Sollte dies nicht geschehen, wiederholte er seine Warnung vor einem antisozialistischen Rückschlag.

Für die deutschen Linkssozialisten lagen die Probleme ähnlich, allerdings wurde bei ihnen noch spürbarer, wie sie von zwei traumatischen Erfahrungen geprägt waren: dem Scheitern der Novemberrevolution und der Tatsache, daß die Entscheidung der Alternative »Rätemacht oder Nationalversammlung« zugunsten des parlamentarischen Weges zur Erhaltung des Kapitalismus und der Installation einer bürgerlich-demokratischen Republik, hinter deren Fassade die alten Mächte in Wirtschaft und Militär herrschten, geführt hatte. Das Mißtrauen gegenüber einer Strategie, die auf das Festhalten an formal-demokratischen Prinzipien und Prozederes reduziert wurde und dadurch die in der Revolution errungene Macht an die Bourgeoisie auslieferte, war bis weit in die Reihen der SPD in der ganzen Zeit der Weimarer Republik spürbar. »Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist unser Ziel« stand auch bei SPD-Kundgebungen später noch auf Transparenten. Die hintertriebene Sozialisierung verhinderte ein wirkliches Bekenntnis zur Weimarer Demokratie endgültig.<sup>12</sup>

Das zweite traumatische Erlebnis war Sowjetrußland mit seinem aus der ökonomischen, demokratischen und kulturellen Unterentwicklung resultierenden Despotismus. Dieses Dilemma ließ die theoretischen Überlegungen der deutschen Linkssozialisten, die sich in der SPD seit 1927 vorwiegend um ihre neugegründete Zeitschrift »Der Klassenkampf« scharten, unter keinem guten Stern stehen.

In der Erstausgabe des »Klassenkampf« schrieb Paul Levi trotz aller Kritik an verabsolutierten administrativen und diktatorischen Maßnahmen der Sowjets: »Ein Blick auf Europa lehrt ja, wie wenig eine Demokratie die Diktatur einer Klasse aufheben muß. Was in Europa der Bourgeoisie möglich ist – bei Diktatur die Demokratie zu halten –, das muß theoretisch auch in einem Lande möglich

11 Derselbe: Werke, Bd. 2, S. 63.

12 »Die Gesellschaft hatte zur Besorgung ihrer gemeinsamen Interessen, ursprünglich durch einfache Arbeitsteilung, sich eigne Organe geschaffen. Aber diese Organe, deren Spitze die Staatsgewalt, hatten sich mit der Zeit, im Dienste ihrer eignen Sonderinteressen, aus Dienern der Gesellschaft zu Herren über dieselbe verwandelt ... Gerade in Amerika können wir am besten sehn, wie diese Verselbständigung der Staatsmacht gegenüber der Gesellschaft, ..., vor sich geht. Hier existiert keine Dynastie, kein Adel, kein stehendes Heer, außer den paar Mann zur Bewachung der Indianer, keine Bürokratie mit fester Anstellung oder Pensionsberechtigung. Und dennoch haben wir hier zwei große Banden von politischen Spekulanten, die abwechselnd die Staatsmacht in Besitz nehmen und mit den korruptesten Mitteln und zu den korruptesten Zwecken ausbeuten – und die Nation ist ohnmächtig gegen diese angeblich in ihrem Dienst stehenden, in Wirklichkeit aber sie beherrschenden und plündernden zwei großen Kartelle von Politikern.« Friedrich Engels: Einleitung zu »Der Bürgerkrieg in Frankreich« von Karl Marx, in: MEW, Bd.17, S. 624.



sein, in dem das Proletariat die Macht hat, ja gerade in diesem, weil hier die Zahl nicht gegen, sondern für das Herrschaftssystem ist. Es ist eine Demokratie der Mehrzahl, nicht gegen die Mehrzahl. Praktisch aber – und die Praxis ward bald die Lehre – haben die Bolschewiki stets die Diktatur und Aufhebung der Demokratie für identisch gehalten und niemals irgendeine demokratische Anwendung gezeigt.<sup>13</sup> Was Bauer 1921 noch für möglich hielt, das war für Levi sechs Jahre später bedauerlicherweise bereits negativ beantwortet. Neben die Solidarität, die Akzeptanz der Leninschen These »Demokratie für wen, für welche Klasse«, trat bei den weitestgehendsten Theoretikern der berechnete Zweifel, ob unter Stalin die Sowjetunion aus dem Teufelskreis der Diktatur herausfinden werde. Je mehr die Aufbauarbeiten gewürdigt wurden, um so heftiger wurde der Streit in der Frage des Charakters der Macht und der Formen der Machtausübung.<sup>14</sup>

Die Linken wie auch offiziöse Parteibeschlüsse waren sich scheinbar einig in der Wertschätzung der Demokratie und des demokratischen Weges zur sozialistischen Umwälzung. Diktatorische Mittel wurden – hier folgte man dem österreichischen Linzer Parteiprogramm (1926) und Otto Bauer – nur als Gegenmaßnahmen, wenn die politisch-parlamentarisch entmachtete bourgeoise Klasse den Boden der Demokratie verlassen würde, angedroht.

Zweitens war man sich einig, daß eine wie immer bezeichnete Herrschaft der Arbeiterklasse die Herrschaft einer Mehrheit des Volkes sein würde, die sich als demokratische, in Wahlen mit konkurrierenden Parteien zu ermittelnde Mehrheit bestätigen müßte.

Von der Parteiöffentlichkeit zwar kaum wahrgenommen, war dies von einer Debatte um verfassungsrechtliche Probleme begleitet. Die SPD, die sich als Geburtshelfer von Weimar und der Verfassung verstand, bekannte sich als einzige Partei ohne jede Einschränkung zu ihrer jeglichen Legalität konstituierenden Bindungskraft. Daß dieses Konzept nicht einmal unter den Bedingungen einer bürgerlichen Herrschaft funktionierte und den Bestand der verfassungsmäßigen Ordnung garantiert, wenn eine versagende oder von Krisen geschüttelte Wirtschaft das Lebensniveau der Massen ruiniert, zeigte wenig später der Machtantritt Hitlers. Als die herrschende Klasse sich 1929-33 bedroht sah, lieferte sie ihre (bürgerliche) Demokratie der offenen faschistischen Diktatur aus, während die in demokratischem Geiste erzogenen Massen ihren Führern folgten und auf dem Kampfboden der parlamentarisch-demokratischen Republik verharren, als die Bourgeoisie diesen längst verlassen hatte.

Kontrovers dazu suchten die Linken an jene Elemente und Artikel der Weimarer Verfassung anzuknüpfen, die einen Gesellschaftswandel mit Bezug auf die garantierte Volkssouveränität zwar nicht ausdrücklich geboten, aber auch nicht unter Verfassungsverbot stellten. So schrieb Artikel 51 vor, daß die Ordnung des Wirtschaftslebens den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziel eines menschenwürdigen Lebens für alle entsprechen müsse und in »diesen Grenzen die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu sichern« sei. Auch waren Enteignungen (gegen Entschädigungen) zulässig. Bei dafür geeigneten Betrieben wurde die

13 Der Klassenkampf. Marxistische Blätter, hrsg. von Max Adler, Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz, Heinrich Ströbel, Nr. 1, vom 1. Oktober 1927, S. 2.

14 Vgl. die Debatte zum Referat von Rudolf Hilferding: Die Aufgabe der Sozialdemokratie in der Republik, Kiel 1927, S. 165-223.

15 Hermann Heller: Freiheit und Form in der Reichsverfassung. Rede zur Verfassungsfeier des Deutschen Studentenverbandes, in: Die Justiz, 1929/30, H. 11, S. 677.

16 Otto Kirchheimer: Verfassungsreform und Sozialdemokratie, in: Die Gesellschaft, H. 1, 1933, S. 34.

17 »Auf die Dauer genügen die indirekten und anonymen Einflüsse den Wirtschaftsleitern nicht. Sind sie doch ständig in ihrer Wirkung bedroht durch die Disposition des demokratisch kontrollierten Gesetzgebers. Dieses Auseinanderklaffen von politischer und gesellschaftlich-wirtschaftlicher Macht ist ein Zustand, dem Dauer nicht beschieden sein kann. Entweder muß die Staatsgewalt durch eigene ökonomische Machtfundierung die Möglichkeit bekommen, sich gegenüber den privaten Wirtschaftseinflüssen politisch zu verselbständigen, oder der Kampf der Wirtschaftsleiter muß wenigstens vorläufigen Erfolg haben, daß sie die demokratische Gesetzgebung zu ihren Gunsten beseitigt.«  
Hermann Heller: Staatslehre, Leyden 1934, S. 138f.

18 »Diese formale Demokratie ist zwar ein unentbehrliches Kampfmittel, aber

doch ihrem Wesen nach noch eine bürgerliche Forderung, der daher auch eine bürgerliche politische Ideologie entspricht. Die dem Proletariat eigentümliche Demokratie führt ihrem Wesen nach über diesen bloßen politischen Formalismus hinaus, weil sie nur durch Überwindung des Klassengegensatzes zu erfüllen ist. Das ist die soziale Demokratie, die auch eine ganz andere politische Ideologie schon im heutigen politischen Kampfe verlangt, als jene der bürgerlichen Demokratie. ... Denn der politischen Demokratie entspricht der Ideologie des Rechtsstaates mit allen ihren Illusionen eines fortschreitenden Ausgleichs der Klassen. Dagegen die soziale Demokratie entspricht innerhalb der Klassengesellschaft die Ideologie des revolutionären Klassenkampfes, durch den sie erst hergestellt werden kann«. Max Adler: Demokratie als Ziel und Mittel. Über marxistische Staatsauffassung, in: Der Klassenkampf, H. 10, 1928, S. 292.

19 »Unser Kampfprogramm ...  
*A. Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise:*  
 Durchgreifendes, umfassendes Arbeitsprogramm, Bereitstellung aller Mittel aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau, Bereitstellung öffentlicher Mittel für Arbeitsbeschaffung. Allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich oder Preissenkung, jedenfalls mit Steigerung des Reallohnes. Unternehmer, die diese Forderungen nicht glauben erfüllen zu können, sind wegen Unfähigkeit der Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben zu enteignen.

Möglichkeit einer Vergesellschaftung vorgesehen. Artikel 165 sollte einen Kompromiß zwischen Kapitalismus und dem aus der Verfassungsverwirklichung hervorgehenden Sozialismus begründen, indem Arbeiter und Angestellte gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitzuwirken hätten. Die Grundidee der späteren Wirtschaftsdemokratie war verfassungsrechtlich abgesichert, indem Betriebsarbeiterräte und ein Reichswirtschaftsrat zugesichert waren.

Da es auch die sozialdemokratisch geführten Reichsregierungen nicht vermocht hatten, den gefährlichen Artikel 48, der dem Reichspräsidenten größere Machtbefugnisse zusprach als die alte Reichsverfassung dem Kaiser zugestanden hatte, durch ein Durchführungsgesetz zu novellieren und seinen Mißbrauch zumindest rechtlich zu verhindern, sollte dies durch kämpferische Drohgebärden ersetzt werden. Hier erhielt die Linke Unterstützung durch einige der sich seit 1930 um die »Neuen Blätter für den Sozialismus« scharenden Parteiintellektuellen. Selbst Hermann Heller, sozialdemokratischer Verfassungsrechtler und wahrlich kein Linker, versprach 1930 für den Fall eines Gewaltangriffs der Reaktion: »Dann werden wir die Weimarer Verfassung verteidigen, wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand!«<sup>15</sup> Ähnlich Otto Kirchheimer, der für den Fall, daß versucht würde, die Grundlagen der Demokratie zu zerstören, »das Mittel der Gewalt« für verfassungskonform erklärte.<sup>16</sup> Handlungsentscheidend blieb jedoch der Legalitätsfetischismus und die Verkennung des Herrschaftscharakters der Staatsbürokratie.<sup>17</sup>

Bei den Linken führte die drohende faschistische Gefahr zu noch größerer verbaler und mentaler Radikalisierung. Max Adler, der wachsenden Einfluß bei den deutschen Linken gewann, während er in seinem Heimatland als zu radikal ins Abseits geriet, war besonders bestrebt, den bürgerlichen Klassencharakter der politischen Demokratie nachzuweisen, die für ihn so lange eine »formale« blieb, solange es nicht gelang, sie zur »sozialen Demokratie« weiterzutreiben, »weil alle Demokratie, die in einem Klassenstaate besteht, auch bei noch so großer Vollendung nur eine formale sein kann, eben weil sie den Klassengegensatz bestehen läßt.«<sup>18</sup> Wie schon andere linke Theoretiker übersah auch Adler die in der Idee der Wirtschaftsdemokratie schlummernden Möglichkeiten, die gerade unter den Bedingungen der sich verschärfenden Krise eher als Aufrufe zur Vollendung der politischen Demokratie durch die Diktatur des Proletariats zu einer die Massen mobilisierenden Losung und zu einem realistischen Transformationskonzept hätte werden können.

Den Anforderungen an ein entschieden linksozialistisches und zugleich realistisches strategisch-taktisches Konzept kam das im Oktober 1930 von der SPD-Linken proklamierte Kampfprogramm am nächsten, das man als Kernstück damaligen strategischen Denkens über einen »dritten Weg« zum Herankommen an die sozialistische Gesellschaft ansehen kann. Trotz altmodischer Sprache erscheint es gerade jetzt wieder überraschend modern, sieht man einmal davon ab, daß es von einem im nationalen Rahmen noch handlungsfähigen Staat ausging.<sup>19</sup>

Hervorzuheben ist das Bemühen um eine breit angelegte Bündnis- und Koalitionspolitik, die allerdings nicht allein auf kurzfristige Wahlerfolge abzielte, sondern als Merkmal linkssozialistischer Politik die Verknüpfung von tagespolitischer Reform (Kampfprogramm) und strategischem Fernziel (Prinzipienerklärung) stets präsent hielt.

In dieser Prinzipienerklärung der SAP von 1931 kann man dazu lesen, was mehrheitlich akzeptiert wurde. »Eine (solche) Revolution kann nur siegreich sein, wenn sie getragen ist von der Mehrheit des deutschen Proletariats, das die Mehrheit der deutschen Bevölkerung umfaßt. Am Beginn dieser Revolution steht also schon die Demokratie im Sinne dieses proletarischen Mehrheitswillens. Der gegnerische Machtapparat des Staates, der in den Händen der kleinen kapitalistischen Minderheit ist, kann nur gebrochen werden durch die Einsetzung dieser Mehrheitskräfte gegen ihn.«<sup>20</sup>

Naheliegenderweise stellten sie sich diese Mehrheitsdiktatur, anknüpfend an die Novemberrevolution, als Räte­demokratie vor, die sich – hier griff man auf den alten Engels zurück – in Form einer demokratischen Republik organisieren müsse.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Linkssozialisten bemüht waren, in kritischer Abgrenzung vom Stalinismus, marxisches Denken auf die krisengeschüttelte kapitalistische Wirklichkeit ihrer Zeit schöpferisch anzuwenden. Demokratisierung der Wirtschaft war für sie abhängig von der Eroberung der politischen Macht und schloß die Umwandlung des großen privatkapitalistischen Eigentums in der Industrie und dem Bankwesen zu gesellschaftlichem, von den Produzenten (Gewerkschaften) und dem Staat geleiteten gemeinwirtschaftlichem Eigentum ein. In der Staatsfrage waren sie bemüht, die Formel von der »Diktatur des Proletariats« als Vollendung der Demokratie, auch durch Bewahrung der Errungenschaften des bürgerlich-demokratischen Verfassungsstaates und durch ein breites antikapitalistisch-demokratisches Bündnis, auszufüllen.

Alles in allem gehört der Linkssozialismus (Gramsci, Bauer, Adler, Levi, Anna Siemsen u.a.) der zwanziger und dreißiger Jahre zum wichtigsten theoretischen Erbe jeder modernen sozialistischen Partei.

#### *Abschließend:*

Es ist bis heute ein ungelöstes Problem, daß eine sozialistische Partei einerseits Toleranz gegenüber ethisch, christlich, ökologisch oder feministisch begründeten Sozialismusvorstellungen in ihren Reihen vertragen muß. Weltanschaulicher Pluralismus kann und ist durchaus bereichernd. Andererseits bedarf es für die Führung des politischen Kampfes eines theoretisch begründeten, historisch getragenen Politikkonzepts, das nach meiner Überzeugung marxistisch sein muß. Anders gesagt: Wenn eine sozialistische Partei es nicht schafft, daß ihr Programm und ihre entscheidenden führenden Köpfe vom Marxismus geprägt und geleitet sind, dann wird es nicht gelingen, ihre Identität als sozialistische Partei auf Dauer beizubehalten. Gerade die notwendige Verbindung von aktueller

Allgemeine Preissenkung durch radikale Beseitigung der Preisdiktatur der Kartelle; Kontroll- und Eingriffsrecht des Staates über die Kartelle, Konzerne und Banken und die Beseitigung der die Produktion verteuern­den hohen Profite.

Stärkung der Kaufkraft der Massen durch die Herabsetzung der Zölle, die die Lebenshaltungskosten der Massen erheblich verteuert haben. Verhandlungen über die Ermäßigung der Reparationszahlungen und Verstärkung der Aufsichtsrechte des Reiches über die Reichsbahn und die Reichsbank.

Durchgreifende Maßnahmen gegen die Kapitalfucht.

Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung auf 60 Jahre unter gleichzeitiger Erhöhung der Invalidenrente auf ein menschenwürdiges Niveau und Herausnahme der über 60 Jahre alten Leute aus den Betrieben. Verlängerung der Schulzeit um ein Jahr.

*B: Erhaltung und Ausbau der Sozialgesetzgebung ...*

*C. Sonstige Maßnahmen:* Die jetzt besonders vordringlich erscheinen, sind: Ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung, das künftig eine dem Geist und Sinn der Verfassung widersprechende Auslegung ausschließt.

*D. Zur Beschaffung der nötigen Geldmittel:*

Für alle diese Aufgaben schlagen wir nach Ablehnung aller Steuervorschläge der Brüningregierung, der Kopfsteuer usw., u.a. vor: Offenlegung der Steuerlisten, die die Steuererträge um viele hundert Millionen Mark erhöhen werden. Verschärfung der Besitzsteuern.

Erhöhung des Einkommenssteuerzuschlages für die Einkommen über 8000 Mark um 20 Prozent.

Erhebliche Verschärfung der Erbschaftssteuer.

Wesentliche Vermehrung der Einnahmen aus dem Branntweinmonopol. Schaffung eines Tabakmonopols. Verminderung der Ausgaben durch eine radikale, demokratische, kostensparende Verwaltungsreform, durch Streichung der überflüssigen Ausgaben für die Reichswehr, durch Streichung aller überflüssigen Repräsentationsausgaben, durch radikale Abstriche bei den hohen Gehältern und Pensionen.«

Prinzipienerklärung der SAP, zitiert nach: Heinz Niemann (Hrsg.): Auf verlorenem Posten? A.a.O., S. 286-293.

20 Ebenda, S. 248.

Tagespolitik, ihr Eintreten für die heutigen Interessen der abhängig Beschäftigten oder auch von kleinen und mittleren Unternehmern und Bauern mit dem Programmziel der sozialen Umgestaltung der Gesellschaft wird nur unter der Bedingung gelingen, daß sie eine weltanschaulich gebundene Programm-Partei bleibt. Die Weimarer Sozialdemokratie, das ist eine der wichtigsten historischen Lehren des Wirkens der Linken, hatte sich durch das Einlassen und Aufgehen in aktuelle Reformpolitik und durch das Mitwirken in bürgerlich dominierten Regierungskoalitionen selbst als marxistische und sozialistische Partei aufgegeben. Sie wurde zum reinen Wahlverein und befand sich im Griff einer im System etablierten Funktionselite. Wenn aber die gesamte Praxis und das Programm einer solchen Partei den Massen zusätzlich zur herrschenden bürgerlichen Ideologie suggeriert, es gäbe gar keine reale Alternative zum bestehenden System (Politik des kleineren Übels bzw. der Tolerierung und als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus), wie sollten diese Massen – insbesondere in einer Krisensituation – noch daran glauben, daß es einen nicht-kapitalistischen Ausweg gibt. Das heutige Lamento ehemaliger Linker, daß das historische Subjekt der sozialen Umwälzung verschwunden sei, während es sich nur gewandelt und ausdifferenziert hat, ist so gesehen das Ergebnis der eigenen Selbstaufgabe bzw. eines gewollten Identitätswechsels.